

Protokoll: Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr 37 5 TOP:
Verhandlung	Drucksache: 101/2008 GZ: 8011-05.00

Sitzungstermin:	13.03.2008
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	OB Dr. Schuster
Berichterstattung:	-
Protokollführung:	Frau Huber-Erdtmann pö
Betreff:	Kapitalanlagen in Spezialfonds der Stadt und der Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (SVV)

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 12.03.2008, öffentlich, Nr. 78

Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 12.02.2008, GRDRs 101/2008, mit folgendem

Beschlussantrag:

Von dem Bericht über die Entwicklung der Spezialfonds der Stadt und der Eigenbetriebe AWS und KBB I, des Spezialfonds der Stuttgarter bürgerschaftlichen Stiftungen und der Spezialfonds der Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (SVV) im Jahr 2007 und dem Ausblick für 2008 wird Kenntnis genommen.

StR Lieberwirth (REP) bescheinigt der Stadt, dass sie bei der Anlage ihrer Erlöse aus dem Verkauf der Energieaktien im Großen und Ganzen die richtige Strategie verfolgt habe. Erfreulicherweise würden die Ausschüttungen nicht einfach in den Haushalt einfließen, sondern in den Fonds kumuliert. Positiv sei auch zu sehen, dass die Fonds, die bei der SVV "geparkt" sind, nach wie vor zum Ausgleich des SSB-Defizits verwendet werden; hierbei stelle sich allerdings die Frage, wie lange das von der EU noch toleriert werde.

Nach wie vor kritisch sehe es seine Gruppierung, dass beim Verkauf der Energieaktien seinerzeit auch das Stuttgarter Wasserverteilersystem veräußert worden ist - eine Fehlentscheidung, die leider nicht so ohne Weiteres rückgängig gemacht werden könne. Ein weiterer "Wermutstropfen" sei die geringe Rendite bei den vier Spezialfonds. Der Fehler der langen Laufzeit schein aber mittlerweile behoben zu sein. Jetzt komme es darauf an, dass die Erlöse und die Mittel aus den Fonds richtig verwendet werden.

Mit dem Bericht wird nach Ansicht von StR Rockenbauch (SÖS) klar, dass es sich - vor allem für die großen Summen bei der SVV - nicht länger lohne, einerseits Geld auf der hohen Kante zu haben und andererseits weiterhin Schulden abzuführen. So wie die stille Beteiligung bei der LBBW getilgt werde, sollte man auch bei den externen Schulden im Haushalt verfahren. Angesichts der Mittel in den Fonds gebe es auch keinen Grund, die finanzielle Lage des Klinikums als große Zukunftsproblematik zu bezeichnen oder berechnete Lohnforderungen abzulehnen. Er halte es für sinnvoll, Mittel in Personal und Bildung zu investieren. Damit solle man nicht nur für bestens ausgebildete Leute am Ort, sondern man binde die Menschen auch an Stuttgart. Ebenso sinnvoll wäre es, mit dem Geld auch möglichst viele Dächer mit Solaranlagen zu versehen, denn dies nütze nicht nur den Bürgern, sondern man würde gleichzeitig auch etwas für den Klimaschutz tun.

Er bitte um Auskunft, erstens ob auszuschließen sei, dass die in den Fonds gelagerten Gelder auch in die Waffen- und Atomindustrie fließen, und zweitens, ob man sich nur solcher Fonds bediene, die darauf achten, dass bei den von ihr unterstützten Firmen soziale und ökologische Arbeitsbedingungen herrschen. Wäre das nicht der Fall, so halte er es für höchst unmoralisch, auf solche Weise Gewinne zu erzielen. Mit Steuergeldern müsse auf nachhaltige Renditen gesetzt werden.

Grundsätzlich sei zunächst einmal festzuhalten, so EBM Föll, dass Spezialfonds ja immer mit einer mittel- bis langfristigen Perspektive arbeiten und eine Durchschnittsrendite von 4,63 % eine durchaus ordentliche sei. Zugegebenermaßen seien die Jahre 2006 und 2007 aufgrund der Kapitalmarktsituation in Bezug auf die Renditen schwieriger gewesen. Dennoch liege man mit den Fonds insgesamt besser, als wenn man die Mittel am Geldmarkt angelegt hätte. Insoweit sei die Entscheidung richtig gewesen. Man lege ja sehr risikoarm an, und zwar zu 80 % in festverzinslichen Wertpapieren und nur zu maximal 20 % in Aktien. Entsprechend seien auch die Renditeerwartungen. Wer weniger Risiko in Kauf nehme - und das sei bei Steuergeldern richtig -, könne keine Spitzenrenditen erwarten.

Bei der LBBW habe die Stadt eine stille Beteiligung in Höhe von 698 Mio. €, von denen 161 Mio. € fremdfinanziert seien. Im Jahr 2009 würden diese 161 Mio. € durch die Ausschüttung thesaurierter Erträge in den Spezialfonds getilgt. Da die stille Einlage mit 6 % verzinst werde, ergebe sich dadurch insgesamt automatisch eine Verbesserung der Renditen.

Man könne nun die Haltung vertreten - wie das StR Rockenbauch zu tun schein -, jetzt das Geld auszugeben, das die Vorgenerationen erwirtschaftet haben. Aus seiner Sicht sei das keine moralische Haltung. Als der Gemeinderat die Entscheidung für die Anlage der Spezialfonds getroffen habe, habe er damit auch

entschieden, dass dieses Vermögen dauerhaft erhalten bleiben soll. Dies sei Ausdruck einer nachhaltigen Politik, denn der Gemeinderat wolle in seiner großen Mehrheit die Aufgaben, die gegenwärtig wahrzunehmen sind, auch von der heutigen Generation finanzieren lassen. Er könne daher nur dafür werben, dass der Gemeinderat bei dieser Haltung bleibt.

StR Rockenbauch (SÖS) sieht sich insofern missverstanden, als er lediglich gefragt habe, warum man nicht auch die externen Kredite tilge, da es sich bei den aktuellen Renditeerwartungen sicherlich lohnen würde.

In Bezug auf die Formulierung "risikoarm" gebe er zu überlegen, ob es denn kein Risiko sei, sich an der Rüstungsproduktion oder an der Atomindustrie zu beteiligen. Er vermisse eine Aussage, ob es entsprechende Vorgaben gibt. Man könne Geld auch in ökologischen Projekten anlegen und dort ebenso gute Renditen erzielen. Und bekanntlich rechne es sich auch für zukünftige Generationen, wenn in Bildung investiert wird.

EBM Föll erläutert, dass es klare Anlagevorgaben gebe, was Bonitätsklassen anbelange, nämlich erstklassige deutsche und europäische Standardwerte mit Triple-A-Rating. Weitere Beschränkungen gebe es nicht. Im Übrigen habe er von StR Rockenbauch in den Haushaltsberatungen keine Aussage gehört, dass er die Gewerbesteuererinnahmen der EnBW, die auch mit Erträgen aus der Atomenergie erwirtschaftet würden, nicht beispielsweise für Bildung und Kindertageseinrichtungen ausgeben wolle. Hierzu erinnert StR Rockenbauch an seine Forderung in den Haushaltsberatungen, das Netz der EnBW wieder zurückzukaufen und den Strom ökologisch zu produzieren. EBM Föll fährt fort, dass in der Haushaltssatzung ja bereits festgelegt wurde, die Landeshauptstadt bis zum Jahr 2010 zu entschulden. Die entsprechende Anregung von StR Rockenbauch sei also bereits von der Mehrheit im Haushaltsplan für die Jahre 2008/2009 und in der Finanzplanung beschlossen worden.

Abschließend stellt OB Dr. Schuster fest:

Der Gemeinderat beschließt bei 2 Enthaltungen mehrheitlich wie beantragt.